
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 19/3 (1992)

DOI: 10.11588/fr.1992.3.57529

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Miszellen

CHRISTOPH STUDT

BISMARCK UND KEIN ENDE ... NEUE LITERATUR ZU PERSON UND POLITIK OTTO VON BISMARCKS

Als Sensation wurde es in der deutschen Öffentlichkeit empfunden, als 1985 der Altmeister der DDR-Geschichtswissenschaft, Ernst Engelberg, den ersten einer auf zwei Bände berechneten Bismarck-Biographie vorlegte¹. Durch einen geschickten Verlegercoup konnte der Band gleichzeitig in Ost und West erscheinen. Daß in der DDR nur 20 000 Exemplare unters Volk gebracht wurden, während über 100 000 weitere Vorbesteller angeblich »wegen Papiermangels« leer ausgingen, übersah die ein »gesamtdeutsches Ereignis« bejubelnde Presse. In einer Art »Umberto Eco-Effekt« (alle redeten von »Im Namen der Rose«, viele kauften das Buch, wenige lasen es, kaum einer verstand es wirklich, und keiner wußte, warum dies alles geschah), wurde das Buch im Westen durch großangelegte Werbemaßnahmen zu einem Bestseller, und die Medien waren allzu schnell mit ihrer Einschätzung des Bandes als der »kompetentesten«, ja der »weitaus bedeutendsten Bismarck-Biographie, die wir besitzen« bei der Hand, während sich die west- wie ostdeutsche Fachpresse mit einer wie auch immer ausfallenden Würdigung erstaunlich lange Zeit ließ.

Das mag damit zusammenhängen, daß es sich im Grunde eher um ein politisches denn um ein wissenschaftlich-historisches Ereignis handelte. Als das Politbüro der SED am 12. Oktober 1980 einen »zentralen Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften« verabschiedete, war dies sozusagen die offizielle Spitze einer Mitte der siebziger Jahre einsetzenden »Verwissenschaftlichungsphase« der DDR-Geschichtswissenschaft. Es wurde eine Art »kultureller Fünfjahresplan« (Klaus Kellmann) für die Jahre von 1981 bis 1985 aufgestellt, dessen zentrale Forderung die Aneignung der *ganzen* deutschen Vergangenheit war, die im Rahmen eines zwölfbändigen Werkes zu einem »geschlossenen Gesamtbild« der deutschen Geschichte gefügt werden sollte. Bislang war diese nicht in ihrer ganzen Ereignisbreite »angenommen« worden, sondern die SED hatte nach Opportunitätserwägungen ausgewählt, was an historischen Ereignissen, Perioden und Personen in einer konkreten politischen Situation ihrem Machtsicherungs- und Legitimationsinteresse diente und deshalb als Bestandteil des Geschichtsbewußtseins zugelassen werden konnte. DDR-Historiker hatten sich an die staatlich vorgezeichneten Auswahlthemen zu halten, deren eine Hauptlinie vom Fürstentknecht Luther über die als ausschließlich reaktionär eingestufte Geschichte Preußens, das auf die Sozialistengesetze reduzierte Bismarckbild und die Herrschaft Hitlers ohne Umwege zur Bundesrepublik Deutschland führte, während die andere von den Bauernkriegen – der »frühbürgerlichen Revolution«, über die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts, die Arbeiterbewegung und den kommunistischen Widerstand gegen das »Dritte Reich« folgerichtig, ja geradezu gesetzmäßig in die DDR mündete. Die ideologische und historiogra-

1 ERNST ENGELBERG, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin (Siedler) 1985, 839 S.; jetzt auch als TB-Ausgabe München (DTV) 1991, 711 S.; DERS., Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin (Siedler) 1990, 731 S.

phische Flurbereinigung mit ihrer Hinwendung zur deutschen Gesamtgeschichte bewirkte eine kleine Revolution auch in Fragen der Methodik und Geschichtsschreibung. Die bislang ungeliebte Biographie, die im historiographischen Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus ein Schattendasein gefristet hatte, weil in ihr die sozio-ökonomischen Kräfte nicht so leicht, zumindest nicht deutlich genug als letztlich dominierend, wenn nicht gar determinierend für das Handeln der Menschen zu kennzeichnen waren, wurde zur bevorzugten Gattung der DDR-Historiker. Ob Martin Luther oder Friedrich der Große, ob der »Soldatenkönig«, ob Kaiser Wilhelm I. oder Claus Graf Schenk von Stauffenberg, alle diese bislang auf der »falschen Seite« stehenden historischen Figuren fanden im Verlauf der achtziger Jahre ihre biographische Würdigung.

Schnell fand diese allgemeine Revision auch ihre kabarettistische Würdigung. In seiner stürmisch belachten Komödie »Die Preußen kommen« führte der DDR-Dramatiker Claus Hammel 1981 eine sozialistische »Prüfungsanstalt für Reintegration historischer Persönlichkeiten« vor. Als Schlußpointe ließ er einen unbekanntem Gast bei der Anstalt vorsprechen: »Ich weiß nicht, ob ich hier richtig bin. Mich empfiehlt Friedrich von Preußen. Ich habe im Grauen Kloster mein Abitur gemacht. Schräg gegenüber dem Sitz Ihres Ministerpräsidenten.« Zog den Schlapphut ab, verbeugte sich und sagte: »Ich heiße Otto von Bismarck.« Dann fiel der Vorhang.

Und tatsächlich: Auch Otto von Bismarck fand seinen Biographen. Nun ist Ernst Engelberg nicht irgendwer, auch beileibe kein Außenseiter der DDR-Historikergunft. Aus einer sozialdemokratischen badischen Handwerkerfamilie stammend, wurde Engelberg mit zwanzig Jahren KPD-Mitglied. 1934 konnten ihn Gustav Mayer und Hermann Oncken mit einer Arbeit über »Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik« gerade noch promovieren, ehe die Gestapo zugriff. Nach Emigrationsjahren in der Türkei hielt er nach Kriegsende und Rückkehr die Stunde des sozialistischen Deutschland für gekommen und machte sich voller Hoffnung an den Aufbau. Seit 1948 Professor in Leipzig, wo er seit 1951 das Institut für Deutsche Geschichte leitete, durchlief Engelberg die folgerichtige Karriere eines linientreuen Historikers: 1958 gehörte er zu den Teilnehmern aus der DDR, die sich auf dem Trierer Historikertag vom »Verband der Historiker Deutschlands« trennten, 1959 wurde er Vorsitzender des Nationalkomitees der Historiker der DDR, 1974 Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin. Selbstverständlich und von Engelberg uneingeschränkt akzeptiert hatten beim Studium der akademischen Jugend die Klassiker des Marxismus-Leninismus eindeutig im Vordergrund zu stehen. Gleichwohl hat Engelberg Bismarck seit seiner Promotion nie wieder aus den Augen verloren.

In größter Sorgfalt widmet sich Engelberg im ersten Teil seines Werkes dem familiären Hintergrund Bismarcks bis ins Mittelalter zurück, seinen Jugend- und Studienjahren: Auf 300 Seiten werden das von der europäischen Neuordnung bestimmte Geburtsjahr des märkischen Rittmeistersohnes, die eheliche Mesalliance der Eltern, die gedrückte Kindheit in der »Plamanschen Anstalt«, das standesgemäße rauf- und trinkfreudige Studentenleben mit ständiger Geldnot, die den jungen Rechtsreferendar ungeniert nach einer Mitgifttheirat Ausschau halten und vor seinen Gläubigern aus Aachen fliehen läßt, Bismarcks pommersche Gutsbesitzerjahre im heimatlichen Schönhausen, seine Auseinandersetzung mit dem Pietismus und die komplizierte Psychologie seiner Ehe mit Johanna von Puttkamer, das unstete Suchen nach einer Aufgabe, seine politischen Gesellenjahre als ultraroyalistischer Abgeordneter auf dem preußischen Landtag ab 1847 ausgebreitet. Die ihn endlich auf seine »ureigene Berufsbahn«, die Diplomatie, bringenden Gesandtschaften am Frankfurter Bundestag und in St. Petersburg lassen Bismarck einen scharfen Blick für die von der machtpolitischen und geostrategischen Position Preußens her möglichen und notwendigen Züge gewinnen, lassen Bismarck seine »politische Meisterschaft«² erringen. Von nun an wird die Politik zu Bismarcks eigentlichem

»Lebensinhalt«, zum »Entfaltungsbereich aller in ihm angelegten Kräfte«³. Am preußischen Verfassungskonflikt, dem Krieg um Schleswig-Holstein, dem Deutschen Krieg von 1866 wie dem zähen Ringen um die Gründung des Norddeutschen Bundes – dem »Kern und Keim«⁴ des Deutschen Reiches – und dem diplomatisch inszenierten Deutsch-Französischen Krieg demonstriert Engelberg Bismarcks Wechselspiel von prinzipienfester politischer Strategie und opportunistischer Taktik. Denn stetes Ziel der Bismarckschen Außenpolitik sei die Hegemonie Preußens in Deutschland bis hin zur nationalen »Revolution von oben«⁵ gewesen, während innenpolitisch die Erhaltung des preußischen Königtums und der Macht des großagrarischen und industriellen Besitzes gegen die arbeitenden Massen an erster Stelle rangiert habe. Doch auch in dieser Richtung habe Bismarck, wenn es ihm für den Augenblick geeignet erschien, keine Berührungängste gehabt, wie die geheimen Unterredungen mit Ferdinand Lasalle zeigten. Letzten Endes habe Bismarck allerdings die Arbeiterschaft als »neue Kraft in der Geschichte«⁶ nie wirklich begriffen, während er zugleich die Armee unnötig herausgehoben und die Außenpolitik des Deutschen Reiches mit der Annexion des Elsaß und Lothringens von Beginn an stark belastet habe: »So bekam das neugegründete preußisch-deutsche Reich einen zwiespältigen Charakter; und es war insgesamt doch ein bedeutender historischer Fortschritt, daß sich die kapitalistische Gesellschaft jetzt ungehemmt von Kleinstaaterei, gefördert durch einen starken Nationalstaat, entwickeln konnte, daß Deutschland nicht mehr Spielball ausländischer Großmächte war.«

Im Mittelpunkt des zweiten Bandes finden wir Bismarck als den »ums Zusammenhalten des Geschaffenen«⁷ und »um die Sicherung seiner Schöpfung und um die Abwehr feindlicher Koalitionen«⁸ besorgten Außenpolitiker, den europäischen Staatsmann, dem es nur um eine »auf dem Boden der geschaffenen Realitäten operierende Sicherheitspolitik«⁹, nicht aber um Machtpolitik oder gar »Weltpolitik« gegangen sei. Saturiertheit nach außen gegen Widerstände im Innern als existenzsichernde Handlungsmaxime deutscher Außenpolitik durch- und umzusetzen, dies wird als eine Leistung beschrieben, die Engelberg zu Recht bewundert, und deren vielgestaltige Umsetzung in die Praxis er durch die siebziger und achtziger Jahre eingehend verfolgt. Niemals frei von der Angst vor einem »Großen Krieg, der ganz Europa umfaßte«, sei sich schon Bismarck der Kalamität bewußt gewesen: »er möchte ausfallen wie er wollte, so würden alle Beteiligten schwer dadurch geschädigt werden¹⁰.« In detaillierten Studien werden die außenpolitischen Optionen des »Reiches in der Mitte Europas« vorgestellt, die Entstehung und Bedeutung der zahlreichen Abkommen und Verträge des »Systems Bismarcks« erörtert, sein »Spiel mit den Bällen« beschrieben. Es würde zu weit führen, dies hier im einzelnen zu entfalten. Sehr viel kritischer hingegen beleuchtet Engelberg die wesentlich knapper behandelte und in Zwischenkapiteln eingeblendete Innenpolitik des Reichskanzlers. Hier konzentriert er sich neben der Parteientwicklung, dem Kulturkampf, der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung in Deutschland insbesondere auf Bismarcks Kampf gegen die Sozialdemokratie und sein Unverständnis für die soziale Frage. Geradezu bedauernd stellt er fest, daß Bismarck mit seinen »sozialpolitischen Staatsweisheiten«: »Wachsamkeit also, Niederhalten, Nichthochkommenlassen und Nicht-außer-Kontrolle-geraten-lassen« in diesem wichtigen Feld politischen Handlungsbedarfs seine sonst so »imponierende Hellsichtigkeit«¹¹ doch arg habe vermissen lassen. Den Schritt zur Zusammenarbeit mit den Liberalen

3 Ebd. II, S. 580.

4 Ebd. I, S. 679.

5 Ebd. I, S. 619.

6 Ebd. I, S. 761.

7 Ebd. II, S. 642.

8 Ebd. II, S. 189.

9 Ebd. II, S. 208.

10 Ebd. II, S. 504 bzw. GP, Bd. 5, S. 260.

11 Ebd. II, S. 415f.

hatte Bismarck vor Jahren durchaus schöpferisch vollzogen, nun auch die Grenzlinie zur Sozialdemokratie zu überschreiten, blieb ihm verwehrt.

Da die Bismarck-Biographie ein oft gepflügter Acker ist, sind nach der Lektüre von 1570 Seiten natürlich einige Fragen zu stellen: Was ist das Neue an Engelbergs Biographie? Wie kommt eine materialistische Geschichtsschreibung mit einer Biographie zurecht? Wie setzt sich ein bekennender Kommunist mit dem Krautjunker, dem weißen Revolutionär und roten Reaktionär, dem Sozialistenverfolger Bismarck auseinander? Haben wir es tatsächlich mit der »weitaus bedeutendsten Bismarck-Biographie« (Theodor Eschenburg) zu tun?

Sicherlich ist die in der marxistischen Geschichtsschreibung ungewöhnliche, zunächst einmal unvoreingenommen erscheinende, verständnisvolle, ja fast liebevolle Annäherung an diesen reaktionären »Helden« zu würdigen: Engelberg mag Bismarck. Er hält ihn für einen Kerl, phantasievoll, begabt mit einer expressionistischen Ausdruckskraft und untrüglichen Blick für die Schwächen der Menschen. Solche Sympathie ist nicht die schlechteste Voraussetzung für das Gelingen einer Biographie. Aber wenn Engelberg im Vorwort betont, Bismarck und seine Zeitgenossen als »Menschen aus Fleisch und Blut (...) zeigen [zu wollen], mit ihren Schwächen und Stärken, auch in ihren Widersprüchen, vielgestaltig wie das Leben selbst«¹², wenn er in vielen Zusammenhängen Bismarcks weitreichendes politisches Kalkül beschreibt, ja seinen Helden sogar als großes welthistorisches Individuum darzustellen vermag, so holt ihn doch immer wieder sein marxistisches Grundmuster ein, den Reichsgründer im Sinne der hegelianischen Philosophie und deren »List der Geschichte« zu einem Werkzeug des historischen Fortschritts wider Willen, zum Vollstrecker überindividueller Entwicklungen machen zu wollen. Diese »List der Geschichte« erlaubt es Engelberg dann allerdings auch, die nationalstaatliche Einigung in der Form des kleindeutschen Reiches als die für das 19. Jahrhundert Deutschland sozusagen gesetzmäßig zugewiesene Aufgabenstellung im Geschichtsablauf zu betrachten. Wer sich dieser Notwendigkeit – innerdeutsch – entgegensetzte, war »unfähig zu historisch vorwärts weisenden Initiativen«¹³ und beging »in deutsch-patriotischer Perspektive und vom historischen Fortschritt aus gesehen – Landesverrat«¹⁴. Was das Ausland anging, setzte sich Frankreich 1870 historisch »ins Unrecht, indem es sich der nationalstaatlichen Einigungsbewegung in Deutschland entgegenstellte«¹⁵. Verblüfft – um es vorsichtig auszudrücken – nimmt man diese Renaissance des Nationalen zur Kenntnis.

Nicht zuletzt habe ja auch die Arbeiterbewegung von der Reichsgründung profitiert. Wem das nicht gleich einleuchtet, der wird umgehend belehrt: Die »Arbeiterklasse konnte auf der Basis des geeinten Deutschland ihre Kräfte besser sammeln und den Kampf um eigene politische und soziale Ziele führen«, wengleich »die Zeit der Revolution noch nicht gekommen«¹⁶ war. Aber, so schließt Engelberg den ersten Band seiner Biographie: »Noch war ja nicht entschieden, ob die nationalstaatliche Einigung von 1871 durch eine demokratische Umgestaltung ergänzt und dadurch mit neuem Inhalt erfüllt werden könnte«¹⁷. Bleibt bei dieser potentiellen Offenheit der Geschichte nicht doch die historische Gesetzmäßigkeit auf der Strecke? Die »List der Geschichte« geht vollends verloren, wenn Engelberg am Ende des zweiten Bandes das Schicksal Bismarcks mit dem Deutschlands gleichsam personal verknüpft: Die »Tragik einer reich entwickelten Persönlichkeit wurde zur Tragik der deutschen Nation«¹⁸.

Durch die weitschweifige und alles in allem Bekanntes aufs neue detailliert darstellende Erzählung gerät die Biographie besonders im zweiten Teil zu einer geradezu klassischen

12 Ebd. I, S. XIV (Vorwort).

13 Ebd. I, S. 501.

14 Ebd. I, S. 686.

15 Ebd. I, S. 726.

16 Ebd. I, S. 760.

17 Ebd. I, S. 762.

18 Ebd. II, S. 649.

Diplomatiegeschichte. So genau will es der Leser einer *Biographie* nun auch wieder nicht wissen. Engelbergs »Berichterstattung« (Ernst Schulin) bietet trotz ihrer epischen Breite kaum neue Erkenntnisse über Bismarck, Engelberg entwickelt keine die Forschungsdiskussion vorantreibenden oder wenigstens Diskussionen auslösende Thesen, ja manchmal kehrt er sogar zu überwunden Geglaubtem zurück. In den benutzten Archiven hat er offenbar nichts gefunden, was die Bismarcksche Politik in neuem Licht erscheinen ließe. Man hat an Lothar Galls Bismarck-Biographie von 1980 kritisiert, daß er keine wesentlich neuen Quellenbestände erschlossen habe¹⁹. Engelberg verweist ausdrücklich auf das von ihm benutzte ungedruckte Quellenmaterial. Um wieviel mehr aber hat Gall das Vorhandene durchdacht, wieviel stärker hat er sich der Faszination des scheinbar allwissend und umfassend vorausschauenden und planenden Manipulators Bismarck zu entziehen vermocht. Sicher kann man über Interpretationen streiten, aber – ist man ehrlich – müßte Gall wegen der Funde Engelbergs irgend etwas revidieren? Wohl kaum! Die unzureichende Auseinandersetzung Engelbergs mit der Forschungsentwicklung der letzten zwanzig Jahre ist geradezu ärgerlich. Gewiß, die große schriftstellerische Leistung darf nicht verkannt werden, nicht zuletzt weil Engelberg auf jenes penetrante Parteichinesisch verzichtet, welches der DDR-Wissenschaft so lieb und teuer, dem Leser aber eine arge Anfechtung war. Selbst der Ballast der »Klassiker des Marxismus-Leninismus« wird nicht mehr mitgeschleppt. Marx und Engels begegnen uns in scharfsinnigen Beobachtungen als Zeitgenossen Bismarcks, nicht als Dogmatiker einer endgültigen Geschichtslehre.

Der Leser jedoch, der wenigstens proportional so viel Erkenntnisfortschritt erhoffte, wie ihm Seiten vorgelegt wurden, sieht sich am Ende enttäuscht.

*

Seiner »lieben Frau, der selbstlosen Mitarbeiterin« hat Engelberg seine Bismarck-Biographie gewidmet. Waltraud Engelberg, promovierte Germanistin, hatte ihren Mann »in die meisten Archive« begleitet, gemeinsam hatten sie Bismarcks Werke durchgearbeitet, »so daß ein ständiger, aufs Konkrete bezogener Gedankenaustausch möglich war«²⁰. Diese enge Zusammenarbeit, vielleicht auch ein wenig Überredungskunst eines geschäftstüchtigen Verlegers, hat sie den Versuch wagen lassen, die Beziehung zwischen Otto und Johanna von Bismarck in essayistischer Form separat darzustellen²¹. Ganze Passagen und praktisch alle Zitate erkennt der Leser der großen Biographie wieder. Aber wenn man auch keine Neuigkeiten findet, so erscheint doch das Bismarcksche private Leben in der Perspektive des Mannes Ernst Engelberg durchweg positiver, verständnisvoller, als in der seiner Frau. Waltraud Engelberg teilt die Bewunderung ihres Mannes für Otto von Bismarck, Johanna hingegen bleibt eher blaß und unporträtiert, sie gewinnt keine eigene Statur, sondern re-agierte nur auf die vielfältigen Anforderungen des Lebens an der Seite und gewiß auch im Schatten eines großen Mannes. Es klingt ein leises Bedauern an, daß dieser starke Mann eine körperlich und intellektuell so »schwache« Frau hatte, die nie recht aus ihren schlichten pommerschen Verhältnissen herausgewachsen sei. Dabei hatte doch Otto von Bismarck ausdrücklich keine »Gesellschaftsfrau für Andere«²², sondern vor allem eine für sich gesucht, um in Zeiten, in denen »jede Freiheit des Privatlebens aufhört«²³, eine »Stelle für mein Herz zu haben, (...) an der ich die Wärme des heimatischen Kaminfeuers finde«²⁴. Gewiß, von den politischen Geschäften ihres Mannes verstand Johanna nicht viel, glaubte sie nicht einmal etwas verstehen zu müssen – das

19 Lothar GALL, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Berlin 1980 u. ö.

20 ENGELBERG, Bd. I (wie Anm. 1), S. XVI (Vorwort).

21 Waltraud ENGELBERG, Otto und Johanna von Bismarck, Berlin (Siedler) 1990, 100 S. (CORSO bei Siedler).

22 Zit. nach ebd. S. 8, 38f., 46, 49.

23 Zit. nach ebd. S. 67.

24 Zit. nach ebd. S. 8, 46.

war nicht ihr Metier. Nie geblendet vom Glanz der großen Gesellschaft ging sie auf im Dienst und in der Sorge für die Ihren und den kleinen Kreis der Freunde²⁵. Am »Entscheidenden, am Wesentlichen dieses Mannes«²⁶, seiner politischen Leidenschaft, seinem Kampf um ein politisches Ziel, hatte sie tatsächlich keinen *direkten* Anteil. Hätte aber Otto von Bismarck dieses Entscheidende erreicht, wenn er nicht an »depeschensicherem Platz«²⁷ in dieser »ganz anderen Luft«²⁸ schlichter und behaglicher Häuslichkeit hätte Erholung und »tröstliche Sicherheit«²⁹ finden können? Waltraud Engelberg trifft mit ihrer Schlußsequenz weder den Kern der Beziehung Ottos und Johannas noch den damaligen Denkens, wenn sie schreibt: »Es gab schließlich zu jener Zeit schon genug Frauen, die sich für allgemeine Belange interessierten und eigene Ansprüche anmeldeten«³⁰. Es scheint hier ebenso ein romantisch-idealistisches Frauenbild durch, das man in einer ganz und gar patriarchalischen Umwelt für lebensfähig hält, wie eine in der Geschichtswissenschaft der ehemaligen DDR beliebte, wenn auch verschwommene »Höhe der Aufgabenstellung«, auf die sich zu heben Ausdruck von Fortschrittlichkeit und richtigem Bewußtsein war. Auf den konkreten Fall bezogen hätte Johanna von Bismarck eine durch und durch außergewöhnliche, Bismarck in manchem überragende Persönlichkeit sein müssen, die selbst in ihrer gehobenen gesellschaftlichen Stellung alle Grenzen hätte sprengen müssen, die die Zeit der Frau nun einmal setzte, ob wir es heute richtig finden oder nicht. Johanna hatte sich an ihre nahezu ausschließliche Hausfrauenrolle nicht nur gewöhnt, sie konnte gar nicht anders und wollte es auch nicht. Was sie aber schuf, war wenig und viel zugleich: Eine intakte Familie, die von Bestand war. »... Wenn's Euch Allen immer gut geht – das ist doch stets mein Hauptsehnen und meine größte Freude«³¹. Sie war der »Mittelpunkt«³² der Familie, wie Herbert von Bismarck es einmal ausdrückte, im Sinne einer Liebe, die in dem anderen zugleich sich selbst sah und meinte. Damit gab sie Otto von Bismarcks Leben jenen »Wurzelgrund seines ganzen Daseins, einschließlich des öffentlichen«³³, der ihm ihren Verlust als viel tieferen Einschnitt erscheinen ließ als jene gemeinhin für entscheidend gehaltene Zäsur seines Lebens, die Entlassung im März 1890. »Gib, daß ich meine Johanna wiedersehe«³⁴, waren die letzten Worte Bismarcks auf dem eigenen Sterbett.

*

Nach dem Tode Macaulays, des berühmten Verfassers der Geschichte Englands, schrieb die Royal Society in Würdigung der Leistungen dieses historischen Autodidakten: »Macaulays eigentlicher Platz ist bei den Politikern, Rednern, Dichtern, Essayisten, Historikern Englands, nicht bei den Forschern... Er begnügte sich, die Resultate der modernen Wissenschaft auf die Autorität anderer hin anzunehmen und lieber bei ihren politischen und sozialen Formen zu verweilen, als etwa selbst ihrem langsamen und mühsamen Vorgehen zu folgen.«

Ganz in diesem Sinne hat der routinierte Biograph Franz Herre eine populäre Lebensbeschreibung Otto von Bismarcks vorgelegt³⁵. Aus seiner flotten Feder sind allein in den letzten zehn Jahren nicht weniger als acht Biographien wichtiger Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts geflossen: Radetzky (1981), Metternich (1983), Moltke (1984), Ludwig II. (1985), Kaiser Wilhelm I. (1986), Kaiser Friedrich III. (1987), Napoleon Bonaparte (1988) und Napoleon III.

25 Ebd. S. 60, 76.

26 Ebd. S. 94.

27 Zit. nach ebd. S. 78.

28 Zit. nach ebd. S. 100.

29 ENGELBERG, Bd. II (wie Anm. 1) S. 641.

30 ENGELBERG (wie Anm. 21) S. 99.

31 Zit. nach ebd. S. 73, vgl. auch S. 98.

32 Zitat nach ENGELBERG, Bd. II (wie Anm. 1) S. 640.

33 GALL (wie Anm. 19) S. 722.

34 Zit. nach ebd.

35 FRANZ HERRE, Bismarck. Der preussische Deutsche, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1991, 491 S.

(1990). Seine zum 120jährigen Jubiläum der Reichsgründung erschienene Bismarckbiographie sprüht denn auch nicht vor Gedankentiefe, ist aber lebendig geschrieben und selbst für den Fachhistoriker eine Fundgrube für Zitate und würzende Anekdoten. Leider ist auf die Einzelnachweise verzichtet worden.

*

Mit einer großen Ausstellung über das Leben Otto von Bismarcks eröffnete das neu gegründete Deutsche Historische Museum in Berlin Ende 1990 seinen Ausstellungsreigen³⁶. Warum gerade Bismarck? Etwa weil der junge Kaiser Wilhelm II. den Reichskanzler genau hundert Jahre zuvor entlassen hatte, oder gar weil Bismarck hundertfünfundsiebzig Jahre zuvor geboren wurde? Nein, dies sei zwar jeweils ein »hinreichender, freilich kein zwingender Grund für eine Ausstellung über Bismarck und seine Zeit« – so Christoph Stölzl, der hochtrabend »Generaldirektor« betitelte Chef des DHM. Das eigentliche Motiv habe vielmehr in der Ahnung gelegen, »daß an der Schwelle der europäischen Einigung Bedarf genug sei für einen Moment des prüfenden Erinnerns: An die ›Zeit der Trikoloren‹ und an die Rolle der Deutschen im Europa der Staaten und Nationen des 19. Jahrhunderts. Eine vergleichende, die europäische Perspektive ins Zentrum stellende Ausstellungsidee also«³⁷. Die Herstellung des Gemeinsamen Marktes in Europa 1993 als Orientierungspunkt für eine historische Rückschau also? Wie auch immer ... Im Mittelpunkt der von Lothar Gall wissenschaftlich betreuten Ausstellung steht jedenfalls, wie schon der Titel deutlich macht, eine zentrale Persönlichkeit der neueren deutschen Geschichte, *die* Symbolfigur des Deutschen Reiches, ja – in den Augen der Zeitgenossen – die menschliche Verkörperung des Deutschen Reiches schlechthin. Zugleich aber soll das Bild eines ganzen Jahrhunderts eingefangen werden, jenes Zeitalter des Umbruchs und der Neugestaltung in praktisch allen Lebensbereichen. Nur selten liegen die persönlichen Daten derartiger Zentralfiguren so günstig, eben jahrhundertumspannend, wie ausgerechnet die Otto von Bismarcks, der ein paar Wochen vor der Schlacht von Waterloo 1815 geboren wurde und zwei Jahre vor der Jahrhundertwende, zu einem Zeitpunkt, als das Deutsche Reich dabei war, nun auch seinen »Platz an der Sonne« zu erobern, starb. Trotzdem haben die Aussteller alles vermieden, was wie ein neuer Bismarck-Kult oder die Beschwörung preußisch-deutscher Großmacht aussehen könnte. Das war nicht zuletzt deshalb wichtig, weil die Ausstellung – nach dreijähriger Vorbereitungszeit – wenige Tage nach der Beitrittserklärung der DDR zur Bundesrepublik Deutschland eröffnet wurde. Dem politischen Mißbrauch vermeintlicher Parallelen von Geschichte und Gegenwart tritt die Schau denn auch mit konsequenter Historisierung und durchgehender Einbettung in das europäische Geschehen entgegen: »Bismarck gleichsam in das 19. Jahrhundert zurückzuführen, in eine Epoche also, die von ihren Bedingungen, in ihren Zwängen und Verflechtungen selbst dem Geschicktesten und Einflußreichsten nur einen relativ begrenzten Spielraum ließ, ist eines der Ziele dieser Ausstellung. Ein anderer ist, jene Bedingungen, Zwänge und Verflechtungen selbst in den Mittelpunkt zu rücken und die Person und ihr Wirken aus ihnen zu erhellen und umgekehrt im Spiegel des Lebensweges dieser einen Person das Übergreifende sichtbar werden zu lassen«³⁸.

Die Ausstellung eröffnet sich dem Betrachter mit zwei das Jahrhundert überschauenden Bereichen, in denen Europa als Zeit des »allmählichen Hinübergleitens vom Biedermeier in die Materialschlactfähigkeit« (Klaus Heinrich Meyer) ebenso sinnlich erfaßbar dargestellt wird, wie »Der Deutschen Seelensuche« ihren literarischen und künstlerischen Niederschlag findet. Im Vestibül direkt gegenüber dem Eingang wird »Bismarck bei sich selbst« sogleich vom

36 Deutsches Historisches Museum (Hg.), Bismarck – Preussen, Deutschland und Europa, Berlin (Nicolaische Verlagsbuchhandlung Beuermann) 1990, 526 S.

37 Ebd. S. 5.

38 Ebd. S. 26.

Sockel geholt und als Mensch von Fleisch und Blut präsentiert. Ob allerdings die Schilderung opulenter Tafelfreuden und Tabellen der Fürst-Bismarck-Waage in Bad Kissingen mit genauer Angabe zahlreicher Pfunde einer stattlichen Person zwischen 1874 und 1893 neben den berühmten Stulpenstiefeln des Reichskanzlers über das Amüsement hinaus geeignet sind, die (private) Persönlichkeit Bismarcks wirklich zu erfassen, sei dahingestellt.

Die folgenden Abteilungen der Ausstellung sind chronologisch nach Themenräumen gegliedert. »Zwischen den Welten« des aufgeklärten Bürgertums und des konservativen Adels wächst Bismarck auf und ist zunächst nur als Zeitgenosse – wenn überhaupt – anwesend.

Daß zumal sein Geburtsjahr ganz im Zeichen der Neuordnung Europas durch den Wiener Kongreß steht, ergibt sich zwangsläufig. Bismarcks Jurastudium in Göttingen und seine unsägliche Karriere im Staatsdienst finden die ihnen gebührende Berücksichtigung neben den neuesten Erfindungen der Industrie und der politischen Entwicklung im »Vormärz« in Deutschland und Europa. Die »Revolution von 1848« wird zunächst als europäisches Phänomen begriffen. Noch am Rande des Geschehens finden wir Otto von Bismarck als erste öffentliche Sporen sammelnden Vertreter eines erkrankten Abgeordneten der Ritterschaft am Vereinigten Landtag auf einer kleinen Daguerrotypie. Das Schwergewicht der Ausstellung liegt – was die deutsche Revolution angeht – eindeutig auf der zentralen(?) Bedeutung der Frankfurter Paulskirche, während das Preußen Bismarcks fast verloren geht. Mit der Bestellung zum preußischen Bundestagsgesandten in Frankfurt 1851 beginnt recht eigentlich die politische Karriere Otto von Bismarcks. Diesem Umstand trägt die Ausstellung mit dem Themenraum »Der Diplomat« Rechnung. Von nun an, spätestens aber seit seiner Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten 1862, ist Bismarck nicht mehr nur politischer Zaungast, sondern zumeist im Zentrum des Geschehens zu finden. Nach einem geschickt die Einigung Italiens mit dem ersten »öffentlichen Krieg«, dem Krimkrieg (von dem hochinteressante Photographien gezeigt werden) verbindenden Kapitel, findet sich der Ausstellungsbesucher plötzlich auf dem mit »Eisen und Blut« beschrifteten deutschen »Weg zum Nationalstaat«. Der Blick aus dem Schützengraben des jeweiligen Gegners vermittelt ungewohnte Einsichten und schafft neue Perspektiven. Kontraste und Konfrontationen sind durchgängig benutztes Stilmittel, mit dem es den Ausstellern immer wieder gelingt, landläufig zunächst einmal für positiv gehaltene Entwicklungen vorzustellen, im gleichen Augenblick aber auch eindringlich auf den Preis dieser »Fortschrittlichkeit« hinzuweisen. Die stete außen- und innenpolitische Gefährdung des jungen Deutschen Reiches, das Bismarck immer wieder für »saturiert« erklärte, wird dem Betrachter ebenso sichtbar gemacht, wie die Legenden um das lebende Denkmal im Sachsenwald, den schon historischen Helden, der mit der Gründung des Reiches die Fundamente für »Deutschlands Größe« gelegt hatte. Leider verliert sich die Ausstellung am Ende der Ära Bismarck zu sehr im Mythos, in der nationalen Kultfigur. Allein die bekannte Karikatur von John Tenniel aus »Punch«: »Dropping the Pilot« verweist auf die gemischten Gefühle des Auslandes, wo man nicht ganz grundlos befürchtete, das Deutsche Reich könnte ohne seinen »Lotsen« vom Kurs abkommen. Gerade hier hätte sich der europäische Bezug deutscher Geschichte mit Händen greifen lassen.

Arbeiteralltag und aristokratische Lebensform, große Politik und Alltagsgeschichte, Kriegsgefahr, Friedenserhaltung und Kolonialfieber, Industrie und Landwirtschaft, Kultur und Technik, alle Lebensbereiche finden ihre anschauliche Berücksichtigung in ganz verschiedenen Ausstellungsstücken.

Wer die Ausstellung gesehen hat, wird den Katalog gerne zur Auffrischung und Erinnerung an das Geschehene nutzen. Wer nicht in Berlin hat sein können, findet die Bismarck-Schau in guten Farbabbildungen aller wesentlichen Objekte gewissermaßen auf Buchformat reduziert vor, kann nun in aller Ruhe anhand der knappen Einleitungen zu den einzelnen Themenräumen und der kurzen Beschreibungstexte zu den über tausend Exponaten die Ausstellung vollends – wahrscheinlich besser als vor Ort – erfassen und begreifen. Denn so gut durchdacht

das ganze Konzept war, ob es für den interessierten Laien ohne breite Vorkenntnisse bzw. ohne die vorherige Lektüre des Kataloges durchschaubar war, muß eher bezweifelt werden.

Trotzdem ist dem Deutschen Historischen Museum mit dieser Ausstellung ein großer Wurf gelungen. Die Aussteller haben ein ebenso großes wie heikles Thema dem nationalen und internationalen Publikum in lebendiger, kritischer, aber überzeugender Form vorgestellt.

*

Gilt die mittlerweile Bibliotheken füllende Forschungsliteratur zur Politik Otto von Bismarcks vornehmlich der Zeit ab seiner Ministerpräsidentschaft, in der er auf den Höhepunkt seiner deutschen und europäischen Geltung gelangte, so ist das politische Denken und Wirken des späteren Reichskanzlers zu Beginn seiner politischen Tätigkeit als preußischer Gesandter beim Deutschen Bund in Frankfurt bislang eher stiefmütterlich behandelt worden. Diese geringe Beachtung hat verschiedene Ursachen: Zum einen jene verbreitete Geringschätzung des Deutschen Bundes, den Heinrich von Treitschke einmal die »unwürdigste Verfassung« genannt hat, »welche je einem großen Kulturvolke von eingeborenen Herrschern auferlegt ward«, zum anderen die in der Rückschau weithin nur als »Lehrzeit« für künftige größere Missionen aufgefaßte frühe diplomatische Tätigkeit Otto von Bismarcks.

Beide Aspekte kennzeichnet Andreas Kaernbach in seiner Untersuchung zu »Bismarcks Konzepten zur Reform des Deutschen Bundes«³⁹ als »Ausfluß jener borussischen Geschichtslegende, der zufolge sich die preußische und deutsche Geschichte vor 1871 gradlinig auf die kleindeutsche Reichsgründung hin entwickelt habe«⁴⁰. Diese schiefe Vorstellung habe sogar nach dem Zweiten Weltkrieg noch ihre Fortsetzung gefunden. Ja, zunehmend beherrschte eine nunmehr »negative« borussische Geschichtslegende das Feld: Alle Wege führten weiterhin zur Reichsgründung, wurden nun allerdings überwiegend als »Wege ins Verderben«⁴¹ verurteilt.

Dabei hatte schon Heinrich von Sybel hervorgehoben, daß Bismarck beim Antritt seiner Ministerpräsidentschaft durchaus alle »verschiedenen, in Krieg und Frieden denkbaren Systeme«⁴², darunter auch die Teilung der Einflußsphären zwischen Österreich und Preußen entlang der Mainlinie, vor Augen gehabt habe. Doch nur wenige Forscher (u.a. Friedrich Muth, Albert von Ruville, Wilhelm Busch und Rudolf Stadelmann) haben seitdem nach Belegen für andere Konzepte Bismarcks als das der angeblich planmäßig angesteuerten Hegemonie Preußens in Deutschland gesucht.

Vor diesem Hintergrund ist es Kaernbachs Ziel, der »geringen Beachtung, die den historischen Phasen vor der Reichsgründung zuteil geworden ist, entgegen[zu]wirken und ein erhöhtes Maß an Aufmerksamkeit auf den Deutschen Bund [zu] lenken und auf die Rolle, die er im Denken Bismarcks spielte«⁴³. In »vermittelnder Sicht«⁴⁴ stellt er den Deutschen Bund weder als ein Durchgangsstadium zur Reichsgründung vor, noch überinterpretiert er ihn als Vorbild für ein föderativ zu organisierendes Europa von heute. Kaernbach begreift den Deutschen Bund vielmehr als eine eigenwertige historische Erscheinung, ja als eine ihrer Zeit angemessene Lösung der deutschen Frage.

Auch für Bismarcks Vita spiele der Deutsche Bund eine erheblich größere Rolle, als der Forschungsstand vermuten lasse. Die Prägung des politischen Denkens Bismarcks werde schon aus der Tatsache deutlich, daß dieser erst als 51jähriger die Auflösung des Bundes erlebte, nachdem er bereits 19 Jahre in amtlicher Funktion aktiv gewesen sei. Jene Fülle von

39 Andreas KAERNBACH, *Bismarcks Konzepte zur Reform des Deutschen Bundes*, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1991, 266 S. (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 41).

40 Ebd. S. 12.

41 Ebd. S. 14.

42 Zit. nach ebd. S. 13.

43 Ebd. S. 14.

44 Ebd. S. 15.

Entwürfen zur Reform des Deutschen Bundes, die Bismarck als Gesandter entwickelt und als Ministerpräsident weiterverfolgt habe, bildet den Hauptgegenstand der Kaernbachschen Untersuchung.

War der Deutsche Bund tatsächlich als übernationales Gebilde im Zeitalter der Nationalstaaten zum Scheitern verurteilt, oder gab es nicht doch auch Chancen für eine zeitgemäße Weiterentwicklung? War der Norddeutsche Bund für Bismarck tatsächlich nur eine Not- und Zwischenlösung, oder läßt er doch aufschlußreiche Zusammenhänge mit Bismarcks Bundesreformplänen erkennen? Läßt sich der Norddeutsche Bund möglicherweise sogar als primäre und vorrangige Zielsetzung Bismarcks verstehen? Welche Aufschlüsse vermögen die Reformentwürfe für die Einschätzung der komplexen Persönlichkeit Otto von Bismarcks zu geben? Kann er jene Ausnahmestellung beanspruchen, die ihm zunächst in heroisierender Übertreibung, später in dämonisierender Verketzerung zugemessen wurde?

Diesen Fragen geht Kaernbach auf der Grundlage dessen, »was sich aus den Quellen belegen läßt« nach: »Fehlendes wird nicht durch Vermutung ersetzt, sondern durch ein ehrliches *Ignoramus* gekennzeichnet«⁴⁵.

Kaernbach beschreibt als Grundprinzip des Deutschen Bundes seit dessen Gründung die nie institutionalisierte »gemeinsame Hegemonie« Österreichs und Preußens. Die gleichsam persönliche, wenn auch – so Kaernbach – das preußische Selbstbewußtsein schonende Oberherrschaft Metternichs habe Preußen geschickt durch Sonderverträge, nicht zuletzt durch den Zollverein, ausgeglichen. Durch den Gewinn zukunftsreicher Gebiete hatte sich Preußen im Laufe des Vormärz eine starke ökonomische Grundlage verschaffen und die wirtschaftliche Führung eines großen Teils des Deutschen Bundes an sich ziehen können. Daß diese wirtschaftliche Machtstellung nicht ohne politische Folgen bleiben konnte, zeichnete sich im März 1848 bereits ab und manifestierte sich in der Kaiserwahl Friedrich Wilhelms IV. Die Jahre nach 1848 setzten den Deutschen Bund, der über dreißig Jahre nahezu unverändert die politische Organisationsform der Mitte Europas gewesen war, schweren Erschütterungen aus. Nachdem Bismarck 1851 zum preußischen Gesandten am Bundestag in Frankfurt ernannt worden war, setzte er zunächst einmal seine ganze Hoffnung auf eine dualistische Verständigung mit Österreich, die, wenn sie schon auf den Dresdner Konferenzen noch immer keine vertragliche Festlegung gefunden hatte, doch wenigstens in der praktischen Arbeit am Bunde ihren Ausdruck finden sollte.

Recht bald mußte er allerdings erkennen, daß Österreich an einer echten Gleichberechtigung Preußens kein Interesse hatte. Das frühere Strukturprinzip der einvernehmlichen gemeinsamen Hegemonie geriet zunehmend ins Wanken. Bismarck bekämpfte diese »Vergewaltigung Preußens am Bunde« in Fortsetzung einer seit den Tagen Hardenbergs verfolgten Tradition preußischer Politik durch geschickte Ausnutzung der Grundgesetze des Deutschen Bundes. Seine strikte Weigerung, jeglicher Reform im österreichischen Sinne zuzustimmen, sollte, so Kaernbach, »erst den Weg zu einer realistischen, auch die Stellung Preußens angemessen berücksichtigenden Reform öffnen«⁴⁶, sein Widerstand gegen österreichische Bevormundung eben jene »Verständigung erzwingen«⁴⁷, die den Bund erst zu einem zukunftsweisenden Gebilde umgewandelt hätte. Parallel zu dieser Haltung suchte er die preußische Stellung *im* Deutschen Bund durch Separatverträge über Zölle, Gesetzgebung und Militärwesen, also eine Art »Sonderbundspolitik«, zu stärken⁴⁸.

Im Widerspruch zu weiten Teilen der Forschung ging es Kaernbach zufolge Bismarck von »Frankfurt« bis »Königgrätz« niemals darum, den Deutschen Bund zu zerstören. Vielmehr habe er seine Lebensfähigkeit gerade dadurch kräftigen wollen, daß von Österreich nicht mehr

45 Ebd. S. 19.

46 Ebd. S. 84.

47 Ebd. S. 102.

48 Ebd. S. 86.

»verlang[t werden solle], als die Rückkehr zu denjenigen Beziehungen, wie sie vor 1848 am Bunde bestanden«⁴⁹ hätten, um dadurch das »hergebrachte Gleichgewicht in Deutschland«⁵⁰ zu erhalten. In diesem Sinne sei es zwischen 1848 und 1862 lediglich Bismarcks Bestreben gewesen, in weitgehender, aber von seiner Regierung nicht immer verstandener Übereinstimmung mit der äußeren Politik Preußens die Vorherrschaft über Norddeutschland als »Auf-fangstellung«⁵¹ für sein Land zu erwerben und zu sichern sowie Süddeutschland in verschiedenen Reformprojekten einmal stärker dem Einfluß Österreichs, einmal stärker dem Bayerns zuzuordnen.

Diese politische Konzeption einer nicht in erster Linie deutsch, sondern preußisch gedachten Gleichberechtigung *innerhalb* des Deutschen Bundes habe Bismarck auch als preußischer Ministerpräsident bis hin zur kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich im Sommer 1866 verfolgt. Allein für den Fall des Nichtzustandekommens einer dualistischen Neugliederung Deutschlands mit gegebenenfalls klarer Trennung der preußischen und österreichischen Interessensphären, die die bundespolitischen Reibungspunkte beider Staaten ausgeräumt hätte, habe Bismarck als letzten Endes »unausweichliche Folge« einen Krieg eingeplant, einen Krieg, »den er freilich nicht scheute«⁵². Aus diesem dann tatsächlich stattfindenden Krieg habe er immerhin noch die Sicherung Preußens in Norddeutschland auf der Grundlage einer föderalen Verfassung durch die Gründung des Norddeutschen Bundes retten können. Dieser Norddeutsche Bund sei für Bismarck durchaus ein »politisches Gebilde von eigener Zukunft«⁵³ gewesen, welches ihm als Ziel näher vor Augen gestanden habe als etwa ein kleindeutsches Reich, dessen Begründung er für eine Aufgabe nachfolgender Generationen gehalten habe, wenngleich Kaernbach die grundsätzliche Offenheit Bismarcks für neue, über sein Minimalziel hinausgehende Entwicklungen betont. Eindringlich warnt er jedoch davor, dieses Offensein mit einem konkreten Ziel, dem deutschen Nationalstaat unter preußischer Führung, zu verwechseln.

Angesichts der auf einer breiten (z. T. auch neuerschlossenen) Quellen- und Literaturgrundlage geschickt argumentierenden Darstellung Kaernbachs fällt es nicht leicht, ein gewisses Unbehagen angemessen zu formulieren. Gewiß, Kaernbach ist weit entfernt von der früheren Glorifizierung des geradlinig auf die Gründung des Deutschen Reiches hinarbeitenden Bismarck. Stattdessen finden wir den Preußen nun als zähen Retter des Deutschen Bundes, dessen Reformvorhaben grundsätzlich als »Verbesserungsvorschläge« qualifiziert werden, auf die von der Gegenseite nicht mit einem genügenden Maß an »Verhandlungsbereitschaft«, ja nicht einmal mit »realistischen Gegenvorschlägen« reagiert worden sei. Bismarck habe lediglich eine friedliche, organische Bundesreform gewollt, und sei letztlich nur daran gescheitert, daß ihm auf österreichischer Seite kein »kongenialer Politiker« gegenübergestanden habe, der in gleicher Weise »fähig gewesen wäre«, »die wahren Kräfteverhältnisse zu erkennen und dieses Erkennen seinen Zielen nutzbar zu machen«⁵⁴. Aus Bismarck, dem großen Täter, wird Bismarck, der friedliche Reformier.

Bei solcher Sicht der Dinge wird der nur 3 Monate gültige Vertrag Preußens mit Italien vom 8. April 1866 zur »überlebensnotwendigen Sicherungsmaßnahme für Preußen«, der als »Pressionsmittel«⁵⁵ gedacht gewesen sei, um Österreich zu notwendigen Bundesreformen zu bewegen. Den die Berufung eines Parlaments beinhaltenden preußischen Antrag vom 9. April

49 Zit. nach ebd. S. 90.

50 Zit. nach ebd. S. 105.

51 Ebd. S. 239.

52 Ebd. S. 171.

53 Zit. nach ebd. S. 239.

54 Ebd. S. 61, 243, 244.

55 Ebd. S. 219.

1866 präsentiert Kaernbach als puren, »bundesrechtlich zulässigen Akt«, den Österreich mit seiner Gegenstimme ohne Probleme hätte zu Fall bringen können⁵⁶.

Ganz im Banne des »guten« Bismarck offenbart sich hier eine fast zwangsläufige Einseitigkeit der Interpretation, die in manchem Argumentationszusammenhang nicht genügend kodifizierte Rechtslage und politische Wirklichkeit unterscheidet. Das »ehrliche Ignoramus« Kaernbachs erweist sich jetzt als Schwäche seiner These. Die alte Auffassung »Quod non est in actis non est in mundo« hat längst ihre Gültigkeit verloren, denn das Schwarz-auf-Weiß der Akten allein reicht eben nicht aus, das vielfältige Beziehungsgeflecht von nüchternem Schriftstück, berechnendem Reformantrag, geschicktem Nutzen publikumswirksamer Zeitströmungen, Wartenkönnen auf günstige Gelegenheiten, doppeldeutige Formulierungen usw. usw. zu einem annähernd richtigen Bild damaliger Wirklichkeit zu vereinen. Durch die Konzentration auf die Überlegungen und Handlungen der staatlichen Entscheidungsträger geht zudem der Blick für die zunehmend an Einfluß und Bedeutung gewinnende öffentliche Meinung und die Dynamik des nationalen Gedankens fast vollständig verloren. Gerade diese neuartigen Entwicklungen repräsentieren aber doch die von Kaernbach mit einem Bild Bismarcks zitierten »Strömungen der Geschichte«, auf denen dieser so gekonnt sein »Schiff« zu steuern verstand⁵⁷. Gewiß hat Bismarck keinen »Plan« für die Gründung eines Deutschen Reiches gehabt, den er Stufe für Stufe verwirklichte. Aber er hat doch als »Genie des Gegenwärtigen«, wie man ihn zu Recht genannt hat, jede sich bietende Gelegenheit für die Stärkung Preußens zu nutzen gewußt. Schließlich ist daraus das Deutsche Reich entstanden. Ob man dieses Reich dann lieber Großpreußen oder Kleindeutschland nennen möchte, ist schon wieder eher nebensächlich.

*

Der Kampf um Schleswig-Holstein, jener Auftakt zu den deutschen Einigungskriegen, stellte den Erfolg Bismarcks dar, auf den er zeitlebens »am stolzesten« war. Mit dem Dänischen Krieg und der Konvention von Gastein (14. 8. 1865) kamen neue Aufgaben auf Preußen zu. In dieser Konvention, die den Ausbruch des offenen Konflikts zwischen Preußen und Österreich noch einmal aufschob, wurde unter dem Vorbehalt der Rechte beider Vertragspartner auf die Gesamtheit der Herzogtümer deren Verwaltung aufgeteilt: Schleswig sollte von nun an durch einen preußischen, Holstein durch einen österreichischen Statthalter verwaltet werden.

Das Miteigentumsrecht am Herzogtum Lauenburg hingegen, dessen Landtag sich – der Gefahr einer Annexion zuvorkommend und sich als potentielles Kompensationsobjekt dem Spiel der Mächte entziehend – bereits im Oktober 1864 für einen Anschluß an Preußen ausgesprochen hatte, trat Österreich gegen eine Entschädigungssumme von 3,5 Millionen dänischer Taler an Preußen ab. Am 13. September 1865 wurde durch königliches Patent die Besitzergreifung verkündet. Nach außen wurde das Herzogtum zukünftig von Preußen vertreten. Wilhelm I. fügte seinen Titeln den eines Herzogs von Lauenburg hinzu, und die preußische Erbfolgeregelung wurde auch in Lauenburg eingeführt; eine Trennung von Preußen war damit unmöglich geworden. Der neue Landesherr versprach, das Herzogtum und seine Bewohner in ihren wohlerworbenen Rechten zu schützen. Was aus dem relativ kleinen Territorium werden sollte, lag nunmehr allein in der Macht Preußens. Daß Lauenburg als geographischer Zugang zu Schleswig-Holstein nicht ohne strategischen, politischen und wirtschaftlichen Wert für Preußen war, gerade in einer Zeit, als durch die Entwicklung der Jahre 1863 und 1864 ein Anschluß Schlesiens und Holsteins möglich zu werden begann, liegt auf der Hand.

Im Verlauf der nächsten elf Jahre hatte sich Otto von Bismarck kraft seiner zu diesem Zweck geschaffenen Befugnis als »Minister für Lauenburg« mit einer langen Reihe von

56 Ebd. S. 224.

57 Ebd. S. 240.

vorsichtig abgestimmten gesetzgeberischen Maßnahmen und Reformen zu beschäftigen, die Lauenburgs innere Verwaltung modernen preußischen Rechtsbegriffen gemäß grundlegend umstrukturierten, und damit die Voraussetzungen schufen, Lauenburg schließlich als preußischen Landkreis zu konstituieren. Dies war keine leichte Aufgabe, denn das kleine Herzogtum stellte eine besondere juristische Kuriosität dar: »Wohin man die Augen warf«, so erzählte Lothar Bucher, ein enger Mitarbeiter Bismarcks im Auswärtigen Amt, später einem Freund, »überall in den Institutionen des Herzogtums mittelalterlicher Wust, ungeschmälert und ungemildert unter der Sonne des 19. Jahrhunderts, allenthalben Ausbeutung der Mehrheit durch eine kleine bevorrechtigte Minderheit; Lauenburg war mit anderen Worten »das Pompeji der deutschen Verfassungsgeschichte«, ...«⁵⁸. Diese Zustände dem preußischen Standard anzugleichen, ohne die vom König versprochene Achtung der wohl erworbenen Rechte zu verletzen, gelang Bismarck in keineswegs immer reibungslosem Zusammenspiel mit den Vertretern der Lauenburgischen Ritter- und Landschaft.

Daß die detaillierte Darstellung dieses politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungs- und Eingliederungsprozesses trotz mancherlei wissenschaftlicher Arbeiten ein Desiderat der Forschung geblieben ist, macht Jürgen de Vries in dem allzu kurz geratenen Forschungsüberblick seiner Monographie über »Bismarck und das Herzogtum Lauenburg«⁵⁹ deutlich. De Vries möchte die bislang seltsam unbeachteten Vorgänge der lauenburgischen Geschichte »in das vertikale und horizontale Beziehungsgeflecht der historisch-interdependenten Faktoren, die das lauenburgische Geschehen maßgeblich beeinflusst haben«⁶⁰ einbinden und ein spezielles Augenmerk auf die politischen Zielsetzungen Bismarcks (im Sinne einer Gesamtkonzeption des preußischen Ministerpräsidenten) in bezug auf Schleswig-Holstein und den gesamten norddeutschen Raum werfen.

Ob dazu allerdings die auf der einen Seite mit insgesamt etwa 60 Titeln vergleichsweise bescheidene, auf der anderen sehr spezielle Schleswig-Holstein-Lauenburgische Literatur (25 Titel davon) eine ausreichende Grundlage bieten kann, ist fraglich. Denn die Frage etwa, ob Bismarcks Politik eine Gesamtkonzeption zugrunde lag, die er Schritt für Schritt zu verwirklichen trachtete, oder ob gerade sein Vorgehen in der schleswig-holsteinischen Frage nicht eher »als Paradebeispiel einer durch und durch unorthodoxen, weitgehend von den Umständen und wechselnden Gegebenheiten geleiteten, kurz pragmatischen Politik« (Lothar Gall) gelten kann, wird nur unbefriedigend und zudem nicht in Auseinandersetzung mit der neuesten Forschung beantwortet.

Hier und da vermißt man so etwas wie Quellenkritik: Wer Moritz Busch als Informanten ablehnt⁶¹, darf nicht sozusagen im gleichen Atemzuge Otto von Bismarcks politische Reden oder seine »Gedanken und Erinnerungen« für bare Münze nehmen⁶².

Unverzeihlich ist jedoch die Nichtbenutzung der Archivbestände im Schleswiger Landesarchiv. Hier hätte in der Abteilung D: »Herzogtum Lauenburg« und in den »Akten aus der Zeit des zweiten Schleswig-Holsteinischen Krieges, des österreichisch-preußischen Kondominates und aus der Übergangszeit ... 1863–1868« wohl noch manche Frage ihre Antwort gefunden.

Trotz aller Kritik im einzelnen bleibt als Leistung de Vries' zu würdigen, daß erstmals Bismarcks Politik gegenüber Lauenburg und die Einbindung des Herzogtums in den preußischen Staat in allen Schritten, mit allen Hindernissen und allen Widrigkeiten umfassend und insgesamt sachlich korrekt dargestellt worden ist.

58 Heinrich von POSCHINGER, Bismarck-Portefeuille I, Stuttgart, Leipzig 1898, S. 86.

59 Jürgen de VRIES, Bismarck und das Herzogtum Lauenburg. Die Eingliederung Lauenburgs in Preußen 1865–1876, Neumünster (Wachholz) 1989, 237 S. (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, 94 sowie Schriftenreihe der Stiftung Herzogtum Lauenburg, 16).

60 Ebd. S. 17.

61 Ebd. S. 74, 77.

62 Ebd. S. 10, 11, 14.

Fazit

Zieht man am Ende dieser Betrachtungen über einige Neuerscheinungen zur Person und Politik des »Eisernen Kanzlers« eine kleine Bilanz, so bietet sich ein breitangelegtes Bild:

Weitgehend frei von marxistischem Begriffsgeklingel hat der Doyen der DDR-Geschichtswissenschaften, Ernst Engelberg, eine umfassende Biographie vorgelegt, die – rasch in der Presse hochgelobt – bei näherer Betrachtung durchaus auch Defizite erkennen läßt. Denn trotz der epischen Breite seiner Darstellung bietet er kaum neue Erkenntnisse über Bismarck, entwickelt keine die Forschungsdiskussion vorantreibenden oder wenigstens Diskussionen auslösende Thesen, ja manchesmal kehrt er sogar zu überwunden Geglaubtem zurück.

Gleichsam als Nebenprodukt der gemeinsamen Arbeit an der großen Biographie hat Waltraud Engelberg die private Beziehung des Ehepaars Bismarck nachzuzeichnen versucht. Härter als ihr Mann geht sie dabei mit der »schwachen« Johanna ins Gericht.

Rechtzeitig zum 120jährigen Jubiläum der Reichsgründung hat der bekannte Autor Franz Herre eine lebendig geschriebene populärwissenschaftliche Bismarck-Biographie präsentiert, die selbst für den Fachmann eine Fundgrube für Zitate und würzende Anekdoten ist.

Der großen Eröffnungsausstellung des neugegründeten Deutschen Historischen Museums in Berlin über »Bismarck, Preußen, Deutschland und Europa« ist ein rundum gelungener Katalog gewidmet, der den nicht in Berlin Anwesenden die Bismarck-Schau nacherleben läßt.

Mit »Bismarcks Konzepten zur Reform des Deutschen Bundes« hat sich Andreas Kaernbach intensiv beschäftigt, um jene borussische Geschichtslegende zu widerlegen, der zufolge sich die preußische und deutsche Geschichte vor 1871 gradlinig auf die kleindeutsche Reichsgründung zubewegt habe. Kaernbach entfaltet die ganz Fülle von Entwürfen zur Reform des Deutschen Bundes, die Bismarck bereits als Gesandter entwickelt und als Ministerpräsident ernsthaft weiterverfolgt habe. Er zeichnet Bismarck als zähen Retter des Deutschen Bundes, dem leider auf österreichischer Seite kein »kongenialer Politiker« gegenübergestanden habe.

Bei den Studien zur Integration neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat hat Lauenburg immer im Schatten der größeren Territorien Schleswigs und Holsteins gestanden. Diesem Forschungsdefizit möchte die Dissertation von Jürgen de Vries abhelfen, der sich detailliert mit der Einbindung des Herzogtums in den preußischen Staat in den Jahren 1865–1876 auseinandersetzt und sie in allen Schritten, mit allen Widrigkeiten und Hindernissen rekonstruiert.

Bei allen Unterschieden in Ansatz, Methode und Ausrichtung, die hier präsentierte Auswahl zeigt, daß Person und Politik Otto von Bismarcks nach wie vor nichts von ihrer Faszination verloren haben.